

jedoch weiterverhandelt worden sind. (AWSJ, 22.11.80)
-ga-

(54) Sanyo-Kühlschrankproduktion in Shanghai vorerst aufgeschoben

Die Gespräche zwischen der Shanghaier Stadtregierung und dem japanischen Elektrokonzern Sanyo sind vorerst unterbrochen worden - für eine unbestimmte Zeit. Sanyo verhandelte seit 1978 mit den Chinesen über ein Joint Venture zum Bau von Kühlschrankschrankkompressoren in Shanghai.

Inzwischen ist die japanische Firma von der Stadt Shanghai informiert worden, daß das geplante Projekt nicht in dem Haushaltsplan für das nächste Jahr enthalten sei. Gründe wurden keine angegeben.

Geplant war, in Shanghai ein Joint Venture mit einem Grundkapital von 22,2 Mio.\$ zu errichten. Sanyo würde 75% der Anteile übernehmen, die chinesische Seite 25%. Geplant war die Herstellung von 500.000 Kühlschrankschrankkompressoren, die Hälfte davon sollte ausgeführt werden. Dieses Projekt war das bislang größte geplante Joint Venture einer japanischen Firma in China.

Die Gründe für den Abbruch der Verhandlungen werden von verschiedenen Sprechern bei dem Mangel an Geldmitteln, aber auch bei einer Veränderung der chinesischen Prioritäten angesiedelt. Von Verzögerungen bei der Gründung der Aufzugsfirma China Schindler wird ebenfalls gesprochen. In dieser Anfang d.J. gegründeten und Mitte d.J. von der Kontrollkommission bestätigten Firma liegen 75% der Anteile bei den Chinesen. Schindler und die Hongkonger Firma Jardine halten zusammen 25% an der China Schindler Elevator Co.

Es werden drei Punkte genannt, an denen die Chinesen den Vertrag gerne ändern möchten:

1. Man möchte den ausländischen Investitionsanteil der gegenwärtig 25% beträgt, erhöhen. Im Joint-Venture-Gesetz allerdings ist diese Minimumgrenze von 25% ausdrücklich vorgesehen.

2. Die Körperschaftssteuer - im Vertrag 31,5% - soll nach Maßgabe des inzwischen verabschiedeten Körperschaftssteuergesetzes auf 33% angehoben werden.

3. Der Exportanteil der in China gefertigten Aufzugsanlagen - gegenwärtig 50% - soll erhöht werden. (AWSJ, 20.11.80)

-ga-

(55) Gemeinsame Baugesellschaft mit Nordjemen

Am 19. November wurde in Sanaa ein Verhandlungsprotokoll über die Errichtung einer Jemeni-

tisch-Chinesisch Ingenieurbaugesellschaft mbH unterzeichnet, die von beiden Seiten gemeinsam finanziert werden soll, und zwar von der Chinesischen Ingenieurbaugesellschaft und von der Jemenitischen Al Rowaishan- Handelsgesellschaft mbH. Die Gesellschaft soll für Voruntersuchungen, Projektierung, Beratung und den Aufbau von Projekten innerhalb und außerhalb der Jemenitischen Arabischen Republik zuständig sein (BRU, 1980, Nr.49, S.7).

-we-

WIRTSCHAFT

(56) Beijing gibt Darlehen an Selbständige

In der Stadt Beijing können selbständige Gewerbetreibende Bankdarlehen erhalten. Bislang ist dies allerdings erst in zwei Fällen durchgeführt worden. Insgesamt gibt es in der Stadt jetzt mehr als 900 Haushaltsbetriebe.

Einer dieser beiden Fälle ist Wang Jilong, 53 Jahre, der zu Beginn der fünfziger Jahre ein Strickgeschäft geführt hatte. Während der Kulturrevolution wurde er gezwungen, anstelle dessen eine Schuhreparaturwerkstatt zu eröffnen. Kürzlich jedoch wurde er ermutigt, sein Pulloverstrickgeschäft wieder zu eröffnen. Mit 500 Yuan durch ein Bankdarlehen kaufte er eine Strickmaschine und macht mit Hilfe von Familienangehörigen einen Bruttoumsatz von mtl. 250 Yuan. Nach Entrichtung seiner Steuern bleiben ihm monatlich 130 bis 140 Yuan übrig. Er beabsichtigt, das Darlehen bis Ende d.J. zurückzuzahlen. Ein Sprecher der Handelsdarlehensabteilung der Beijinger Niederlassung der Chinesischen Volksbank erzählte der chinesischen Nachrichtenagentur, daß dieses der erste Fall seit 1956 sei, daß ein Privatdarlehen wieder ausgegeben worden sei.

Nach Auskunft der Bank sei Voraussetzung für die Darlehensgewährung, daß für die Erzeugnisse oder Dienstleistungen ein aktueller Bedarf bestehe, wie z.B. Schneidereiherzeugnisse, Pulloverstricken oder Reparaturleistungen, daß der Antragsteller in Beijing wohne und im Besitze einer Geschäftslizenz sei, die durch das örtliche Büro für Industrie und Handel ausgestellt werden könne, daß eine klare Buchhaltung über Einnahmen und Ausgaben geführt werde und daß der Betrieb in Übereinstimmung mit den Gesetzen geführt werde.

Bei den Darlehen handle es sich im Normalfall um kleinere Beträge bis zu 1000 Yuan, die in einem Jahr zurückzuzahlen seien. Die Zinsen betrügen 0,42% p.M. (5,16% p.a.), die gleiche Zinshöhe wie für andere Industrie- und Handelsunternehmungen.

Von der Bank wurde hervorgehoben, daß der Darlehensnehmer verpflichtet sei, das Geld für die

angegebenen Zwecke zu verwenden und, falls dies nicht geschehe, die Bank berechtigt sei, das Darlehen sofort fälligzustellen (XNA, 13.8.80).

-ga-

(57) Durch Bankkredite finanzierte Anlageinvestitionen

Die chinesische Volksinvestitionsbank wird in Zukunft eine unabhängige ökonomische Einheit sein und nicht mehr wie bisher ein Organ zur Zuteilung von Investitionsmitteln. Dies führte der Präsident der Bank, Wu Boshan, aus. Experimente mit der neuen Investitionsmethode hätten in acht Unternehmen im August 1979 begonnen. Bis Ende September d.J. sei diese Methode bei 626 Projekten angewendet worden. Die Darlehen hätten einen Umfang von 302 Mrd. Yuan gehabt, 1,2 Mrd. für die Energiewirtschaft. In verschiedenen Verlautbarungen, die gemeinsam von der Staatlichen Planungskommission, der Staatlichen Investbaukommission, dem Finanzministerium und der Volksinvestitionsbank herausgegeben und vom Staatsrat gebilligt wurden, wird festgelegt, daß mit Beginn des Jahres 1981 ein Teil der staatlichen Mittel, die für Investitionsmittel bestimmt sind, durch die Investitionsbank vergeben werden. In jedem Fall habe die Bank mit dem kreditaufnehmenden Unternehmen einen Vertrag zu unterzeichnen. Zuvor sei allerdings die Durchführbarkeit des Projektes genauestens von der Bank zu prüfen. Darlehen würden nur gewährt, wenn alle Bedingungen eingehalten würden.

Als besondere Bedingungen für die Darlehensgewährung werden genannt: kleine Geldbeträge, um schnelle und große Resultate hervorzubringen, Produkte von guter Qualität mit guten Absatzchancen, Verfügbarkeit von Rohmaterialien und Vorprodukten, von Energie und Brennstoffzufuhren, ausgereifte Technologie, Einsparung von Brennstoffen, Fähigkeit, spezialisierte Produktion durchzuführen, entsprechende Umweltschutzmaßnahmen, eine solide Planung der Materialien, des Designs, der Arbeitskräfte und schließlich die Fähigkeit, das Darlehen zurückzubezahlen.

Die Größe der zu tätigen Investitionen sei durch die entsprechenden Ministerien und Kommissionen des Staates bzw. nachgeordneter Provinz- oder Kreisorgane festzulegen. Der Bank ist es ebenfalls gestattet, Einlagen zur Kreditgewährung zu nutzen. Laufzeiten sollten im allgemeinen nicht länger als vier Jahre betragen, im Höchstfall sechs Jahre. Die Verzinsung soll bei 3% p.a. liegen. Kohlebergwerke, Baumaterialienindustrie und Post- und Fernmeldeeinheiten sollten Vorzugszinssätze von 2,4% p.a. erhalten, Maschinenbauindustrie, Leichtindustrie, Textilindustrie, Verarbeitung von Rohöl und die petrochemische Industrie sollten 3,6% p.a. bezahlen, der Rest den Normalzins von 3%. (XNA, 20., 21. und 25.11.80, zit. nach SWB, 28.11.80)

-ga-

(58) Investmentgesellschaften gegründet

Mit der Unterstützung von drei chinesischen Inlandsbanken sind bislang zwölf Investmentgesellschaften in der Volksrepublik gegründet worden. Die beteiligten Banken sind die Volksinvestitionsbank, die Chinesische Volksbank und die Chinesische Landwirtschaftsbank. Sechs der Investmentgesellschaften haben bislang ein Kapital von zusammen 430 Mio. Yuan eingenommen, das hauptsächlich aus lokalen Überschüssen, aus Verwaltungseinheiten und aus Unternehmungen kommt. Einige Investmentgesellschaften nehmen auch Einlagen von Kommunen und Brigaden auf. Die Darlehen, die die Investmentgesellschaften ausgeben, sind ausschließlich zur Erschließung vorhandener Potentiale und für Renovierungsarbeiten bei bestehenden Betrieben bestimmt, also nicht für Neugründungen von Unternehmen. (XNA, 26.11.80)

-ga-

(59) Investitionsfinanzierung durch Aktienkapital

Chinesische Betriebe sollten die Möglichkeit haben, in Zukunft Investitionen durch die Ausgabe von Aktien zu finanzieren. Dieser Vorschlag ist in einem Artikel in der "Volkszeitung" vom 2. November enthalten. Verfasser ist ein nicht näher bestimmter Cheng Jun aus einer Fabrik für Werkzeugmaschinen-Zubehör. Schon seit einigen Jahren experimentiert die chinesische Wirtschaft damit, ihren Staatsbetrieben mehr Spielraum bei Absatz und Vertrieb einzuräumen und sie vor allem mehr an dem von ihnen erwirtschafteten Gewinn zu beteiligen.

Udenkbar aber war bisher, daß ein Betrieb sich an einem anderen Unternehmen kapitalmäßig beteiligte. Er konnte sich schon glücklich schätzen, wenn die Bürokratie ihm genügend Spielraum (und Geld) ließ, im eigenen Betrieb zu investieren.

Der jetzt veröffentlichte Vorschlag geht jedoch noch einen Schritt weiter: Den Betrieben soll erlaubt werden, mit überschüssigen Geldern Aktien - die es bislang noch gar nicht gibt - anderer Betriebe zu erwerben. Oder, was die Kehrseite der Medaille ist: Betriebe können durch Ausgabe von Aktien geplante Investitionen finanzieren, d.h., sie wären nicht mehr auf staatliche Kapitalzuteilungen, auf Bankkredite oder auf die sowieso kaum vorhandenen Eigenmittel angewiesen.

Konkret stellt sich der Verfasser natürlich Investitionen in gewinnträchtigen Branchen vor, er nennt als Beispiel "Bier".

"Wenn ein Brauereidirektor sieht, daß das Bierangebot mit der Nachfrage nicht schritthält, braucht er nicht mehr einfach zu sitzen und darauf zu warten, daß die oberen Ebenen ihm Kapital und Material zuteilen. Er könnte an-

stelle dessen selbst eine Anzeige aufsetzen" - als ob all das in China gang und gäbe wäre.

In dieser Anzeige - die im Artikel gleich mit abgedruckt wird - sollte dann potentiellen Investoren eine Beteiligung an den Unternehmen und eine feste Dividendenzahlung angeboten werden. Auf diese Weise könnte man ebenfalls Handelsunternehmen gründen, Arbeitsplätze schaffen, kurz gesagt, "wir könnten die Ausgabe von Aktien wie in kapitalistischen Ländern nutzen".

Kapitalmarkt in China? Sicherlich nicht in naher Zukunft, da Chinas Volkswirtschaft viel zu tief in Bürokratismus und Planwirtschaft verstrickt ist. Aber wenn auch eine Aktie noch kein Kapital macht, lassen solche Töne in der "Volkszeitung" aufhorchen.

(60) Probleme bei der Warenzirkulation

In einem Artikel der Pekinger Zeitschrift Jingji Guanli, Nr.5, 1980, wird die Forderung nach einer stärkeren Betonung der Warenzirkulation erhoben. Zur Illustration dessen führt der Autor Ma Hong verschiedene Beispiele an:

Es ist allgemein bekannt, daß China im letzten Jahr 34 Mio.t Stahl hergestellt hat. Gleichzeitig gab es im ganzen Land am Ende letzten Jahres einen Lagerbestand von 18,8 Mio.t Stahl. Die Zirkulationszeit von Walzstahl beträgt mehr als 8 Monate. Diese Zeit ist viel zu lang. Nach Angaben des Staatlichen Statistischen Büros beträgt die Lagerhaltung von mechanischen und elektrischen Erzeugnissen dem Werte nach mehr als 50 Mrd.Yuan. Während der letzten Jahre betragen die jährlichen Ausgaben für den Kauf von Ausrüstungsgegenständen und für Investitionen jährlich 20 Mrd.Yuan. Daraus folgt, daß diese Erzeugnisse mehr als eineinhalb Jahre für ihre Zirkulation brauchen; das ist viel zu lang.

Kürzlich war in der Zeitung zu lesen, daß der größte Stahlhersteller Chinas, das Eisen- und Stahlwerk Anshan, in der Nähe von Anshan ein Geschäft zum Verkauf verschiedener Arten von Walzstahl eröffnet hat. Das ist etwas ganz Neues. In den mehr als 30 Jahren seit Gründung der VR China hat es noch nie ein Geschäft gegeben, das Walzstahl verkauft. Doch jetzt haben wir eins. Aber ohne Frage, neue Dinge haben ihre Mängel. Denn in der Zeitung stand auch, daß all die Kreise, Volkskommunen oder Organisationen, die Walzstahl kaufen wollten, Einführungsbriefe bzw. Empfehlungsschreiben vorlegen mußten. Warum braucht man diese Einführungs-schreiben, wenn man Walzstahl kaufen will, wo man doch jede Ware in einem Kaufhaus ohne Einführungs-schreiben kaufen kann?

Es ist bekannt, daß die Verschwendung von Gas für den zivilen Bedarf in Peking sehr schwerwiegend war, aber warum? Deshalb, weil wir kei-

ne Gasuhren installiert haben. Alle Verbraucher mußten 50 cbm monatlich bezahlen, unabhängig davon, wieviel Gas sie wirklich verbrauchten. Kann man nicht sagen, daß dies wirklich eine Methode von großer Verschwendung ist? Der Grund, daß keine Gasuhren eingebaut wurden, lag darin, daß sie nicht auf dem Markt erhältlich waren. Aber ist es für unsere Maschinenbauindustrie mit solch einer großen Produktivität unmöglich, so einfache Meßgeräte herzustellen? In der Vergangenheit wurden solche Produkte als Produktionsmittel hergestellt, und deshalb konnten sie nicht auf dem Markt verkauft werden. Ist es nicht eine gute Sache, daß diese Meßgeräte jetzt auf dem Markt erhältlich sind? (Jingji Guanli, Nr.5, Mai 1980)

-ga-

(61) Treibstoffknappheit beschränkt Lkw-Transport

Schon Mitte des Jahres meldete die Nordchinesische Provinz Liaoning stolz, daß man den Jahresplan zum verminderten Einsatz von Transportlastwagen übererfüllt habe. Es gäbe jetzt 10.118 Lkws in Lagerhallen. Dadurch könne man monatlich 5.400 t an Benzin und Dieselöl einsparen (Shenyang Liaoning Provinz Radio, 28.6.1980, zitiert nach FBIS, China Report Economic Affairs, Nr.71, 22.Juli 1980). Verwunderlich an dieser Meldung ist, daß China gerade in dem sowieso ausgesprochen schwachen Transportbereich die Versorgung mit Treibstoff so sehr drosselt, daß allein in einer Provinz 10.000 Lkws nicht zum Einsatz kommen können.

Ähnliches wird aus der Provinz Jilin gemeldet. Dort beabsichtigen die Provinzbehörden, durch das Versiegeln und die Einstellung von 8.000 Lkws jährlich 50.000 t Treibstoff und 100 Mio.Yuan zu sparen. (Changchun Jilin Provinz Radio, 23.6.1980, zitiert nach FBIS, China Report Economic Affairs, Nr.71, 22.Juli 1980)

-ga-

(62) 4 Mio.t gehortete Stahlerzeugnisse sollen auf den Markt

4 Mio.t Stahlerzeugnisse, die bislang von Handelsabteilungen und Betrieben gehortet worden sind, sollen jetzt auf den Markt geworfen werden. Dies ist der Inhalt einer "Notiz", die gemeinsam von der Staatlichen Wirtschaftskommission, dem Staatlichen Allgemeinen Preisbüro, dem Staatlichen Allgemeinen Materialbüro und dem Finanzministerium herausgegeben worden ist.

Die "Notiz" schätzt, daß am Ende des 1.Quartals 1980 über den normalen Umsatz hinaus Stahlprodukte von mehr als 4 Mio.t im Gegenwert von mehreren Milliarden Yuan auf verschiedenen Ebenen des Verteilungsapparates und der Betriebe gehortet worden sind. Alle Ebenen des Verteilungsapparates und die Betriebe werden aufgefordert, realistisch ihren Bedarf einzuschätzen

und die darüber hinaus eingelagerten Stahlerzeugnisse auf den Markt zu geben. Für Darlehen, mit denen die aufgeblähte Lagerhaltung finanziert worden ist, soll neben dem normalen Zinssatz von 0,42% p.M. (5,56% p.a.) ein zusätzlicher Zins von 3% (vermutlich jährlich) entrichtet werden.

"Stahlprodukte, die so stark verrostet sind, daß die Bestimmung der Klassifizierung des Stahls nicht länger möglich ist, können als Materialien niedriger Güte abgegeben werden. Entsprechend wird der Preis reduziert. Falls sie wirklich nicht mehr zu gebrauchen sind, können sie abgeschrieben und eingeschmolzen werden." (Gongren Ribao, 18.7.80, zit. nach FBIS, China Report Economic Affairs, Nr.75, 13.8.80)

In einem Kommentar an gleicher Stelle zu dieser Notiz wird beschrieben, wie sich im bürokratischen Materialverwaltungssystem diese Hortung bilden konnte:

"Bei jedem Handelszweig und auf jeder Ebene werden Lagerhäuser gebaut, und jede Einheit muß ihre Lagerhaltung vergrößern, um sicherzustellen, daß ihre Vorräte nicht knapp werden. Das führt dazu, daß je weniger ein bestimmtes Gut angeboten wird, es umso mehr gehortet wird." (Ebenda)
-ga-

(63) Probleme beim Verkauf "freier Spitzen" durch die Unternehmen

Im Zuge der erweiterten Rechte der Betriebe dürfen diese bei Erfüllung der planmäßigen Produktionsziffern die darüber hinausliegenden "freien Spitzen" selbst verkaufen. Auf Probleme, die hierbei auftreten, geht jetzt die Zeitschrift "Jingji Guangli" (Wirtschaftsverwaltung) ein. Hierbei sei der Widerspruch zwischen dem selbständigen Vermarkten der Erzeugnisse und den Anforderungen der Materialzuteilungsstellen aufgetreten. "Was die Verteilung von Stahlerzeugnissen betrifft, so besteht der von den höheren Autoritäten ausgearbeitete Plan bloß aus allgemeinen Planziffern, ohne die Mengenziele oder die Spezifikation der Produkte zu enthalten. Unter diesen Umständen wollen die Materialabteilungen lieber diejenigen Produkte kaufen, bei denen das Angebot knapp ist, als diejenigen, bei denen es übermäßige Lagerbestände gibt. Sie würden gern einen Betrieb unter ihre Kontrolle stellen, statt ihm irgendein Recht zu geben, seine Erzeugnisse selbst zu vermarkten." (JJGL, Nr.880, 15.8.80).
-ga-

(64) Bindungen an den Arbeitsplatz

Die Unflexibilität des chinesischen Arbeitsmarktes - der eigentlich gar nicht so bezeichnet werden dürfte - zeigt sich nicht nur in der "einheitlichen Zuweisung" von Arbeitskräften an

die Betriebe durch die zentralen Arbeitsämter, sondern auch in der Starrheit, mit der die einzelnen Betriebe die ihnen einmal zugeteilten Arbeitskräfte behalten. Ein Artikel der Guangming Ribao konkretisiert diesen Mangel:

"Wenn ein Angestellter (im chinesischen Text immer "Kader") von der Organisation einmal einer bestimmten Arbeit zugeteilt worden ist, ist er auf diesem Posten für eine lange Zeit festgeschrieben. Dieses läßt das 'System eines lebenslangen Amtes' aufkommen. Wenn ein Angestellter von einer bestimmten Einheit benötigt wird, läßt ihn seine frühere Organisation nicht gehen. Obwohl der Angestellte selber beabsichtigt, seine Position aufzugeben, erlaubt ihm seine Einheit nicht, dies zu tun. Wenn die Leitung einwilligt, daß ein bestimmter Angestellter auf einen anderen Posten umgesetzt werden soll, bindet ihn die betreffende Abteilung an seiner alten Arbeit fest."

"Eine bestimmte Fabrik mit 600 oder 700 Angestellten lag in einem Berggebiet weit von Städten entfernt. Aufgrund der Tatsache, daß die Angestellten auf ihren Posten für lange Zeiträume festgeschrieben waren und nie zu anderen Orten umbesetzt wurden, wurden nach ihrer Pensionierung ihre Posten im Normalfall von ihren Kindern übernommen. Mehr und mehr Arbeiterfamilien wurden durch Heirat ihrer Kinder miteinander verwandt. Im Endeffekt sah das so aus, daß Ehemann und Ehefrau, Väter und Söhne, Schwiegerväter und Schwiegersöhne, Schwägerinnen und die Schwestern ihrer Ehemänner, die Ehemänner der Schwestern und die Ehefrauen der Brüder alle in derselben Fabrik arbeiteten. Bei einer großen Anzahl der Angestellten gab es viele enge und weitere Verwandtschaftsbeziehungen, und umfassende Verwandtschaftsbeziehungen wurden gepflegt. Dies hatte einen schlechten Einfluß auf die Arbeit. Die Beziehungen der Leute untereinander basierten auf feudalem Familienstatus, engstirnigen Ideen, Vetternwirtschaft, der Nähe des Familiengrades und einem patriarchalischem Arbeitsstil. Wenn dieser Zustand noch eine lange Zeit anhält, wird unser sozialistischer Betrieb dann nicht eine große feudale Familie?"

Von dieser Zustandsbeschreibung leitet der Artikel die Forderung ab, daß die Angestellten größere Rechte erhalten müßten, ihre Arbeitsstätte selber auszusuchen, und daß sie auch vom Betrieb dazu ermächtigt werden sollten. Die Zeitung "Liaoning Ribao" habe hier schon einen guten Ansatz gemacht. Sie veröffentlichte eine spezielle Kolumne mit dem Titel "Biete deine Dienste an". Die Jiangxi-Radiofabrik habe die Methode angefangen, "offen kluges und fähiges Personal anzuwerben".

"Bei jenen Einheiten, in denen eine große Anzahl technischer Angestellter ihre Zeit verträdeln, hoffen wir, daß hier diese Kader nicht als "kollektives Eigentum" oder als "privates Eigentum" einzelner Leitungsangehöriger betrachtet werden." (GMRB, 7.8.80, S.3) -ga-

(65) Zweigleisige Arbeitsmarktpolitik gefordert

Bei den gegenwärtigen Problemen der Arbeitslosigkeit in China sollte man wieder auf die effektiven Methoden der 50er Jahre zurückgreifen, die sowohl staatliche Beschäftigungspolitik als auch die eigene Arbeitsplatzsuche gestatten. Diese Ansicht wird in einem Artikel von He Zhigun des Staatlichen Arbeitsbüros in der Zeitschrift Banyue Tan vertreten.

Dieses Prinzip, das in den 50er Jahren angewendet worden ist, bestand darin, daß einerseits der Staat im Produktions- und Baubereich Arbeitsplätze anbot und vermittelte und andererseits die Arbeitslosen selber in den Kollektivbetrieben einen Arbeitsplatz suchen konnten bzw. sich selbständig machen durften. Durch Anwendung dieser zweigleisigen Methode sei das Arbeitslosenproblem bis 1956 im Prinzip gelöst worden. Nach 1958 sei jedoch das staatliche Monopol auf Arbeitsplatzvermittlung eingeführt worden. Privatpersonen durften sich nicht mehr selber eine Arbeitsmöglichkeit beschaffen. Zusätzlich wurden besonders in den zehn katastrophalen Jahren (der Kulturrevolution) Kollektivbetriebe geschlossen, so daß auch hier ein Rückgang an Arbeitsmöglichkeiten eintrat. Gegenwärtig sieht die Situation so aus, daß der Staat sich zwar um die Beschäftigungsprobleme des Landes kümmern wollte, hierzu aber nicht wirklich in der Lage war. Die Massen wollten arbeiten, aber es war ihnen nicht gestattet, dies selbständig zu tun. Unter diesen Bedingungen ist es unbedingt nötig, von den erfolgreichen Experimenten der 50er Jahre zu lernen und eine zweigleisige Beschäftigungspolitik zu verfolgen. (Banyue Tan, Nr.5, 1980, zitiert nach FBIS, China Report Economic Affairs, Nr.71, 22.Juli 1980)

-ga-

(66) Konkrete Beispiele für die Benachteiligung kollektiveigener Industriebetriebe

Obwohl die Beijinger Wirtschaftspolitik inzwischen die kollektiveigenen Industriebetriebe in den Städten als "vollwertig sozialistisch" anerkannt hat, reißen die Berichte über ihre konkrete Diskriminierung in alltäglichen Wirtschaftsangelegenheiten nicht ab. Ein Artikel aus der Volkszeitung vom 21. August 1980 benennt hier verschiedene konkrete Beispiele.

Rohmaterialien:

"Bei der Versorgung mit Rohmaterialien und Brennstoffen und der Zuteilung von Materialien werden die Betriebe im Eigentum des ganzen Volkes durch den Staatsplan zu Verrechnungspreisen versorgt, während die Betriebe unter kollektivem Eigentum auf sich selbst gestellt sind, um ihre Materialien zu ausgehandelten Preisen zu finden. Eine Schuhfabrik unter kollektivem Eigentum muß ihr Leder zu Preisen einkaufen, die um 38% höher liegen als die staatlichen Zutei-

lungspreise. Eine Faserfabrik unter kollektivem Eigentum stellt eine Grasfaser von sehr guter Qualität her, die im Außenhandel gute Ergebnisse erzielt und sich auf dem internationalen Markt gut verkauft. In den letzten zehn Jahren hat sie mehr als 7 Mio. Yuan für den Staat erwirtschaftet, darüber hinaus einen großen Anteil von Devisen. Aber dennoch hat bis jetzt die Handelsabteilung der Provinz nicht zugestimmt, die von dem Betrieb benötigten Hanfasern einheitlich unter dem Staatsplan zuzuteilen. Deshalb muß er 900 Yuan pro Tonne mehr an Produktionskosten bezahlen... Betriebe unter kollektivem Eigentum müssen immer zur Präfektur oder zum Kreis gehen, um das zugeteilte Baumwollgarn selbst abzutransportieren. Jede Einheit muß so 10.000 Yuan jährlich mehr an Transportkosten im Vergleich zu den Betrieben im Volkseigentum aufwenden, die ihre Zuteilungen an Ort und Stelle erhalten."

Gewinn:

"Bei der Produktionsplanung werden Erzeugnisse mit hohem Gewinn oft an volkseigene Betriebe gegeben und Erzeugnisse mit niedrigen Gewinnen an Betriebe unter kollektivem Eigentum. Vor einigen Jahren stellte eine kollektiveigene Textilfabrik aufgrund der Knappheit von Socken aus Stretch-Material auf dem Markt versuchsweise einige dieser Socken her. Mit der Ausrede, daß die elastischen Socken nicht die Richtung der Produktion seien, weigerte sich das städtische Verwaltungsbüro, die entsprechenden Regelungen zu treffen, und regelte nur die Produktion von Baumwollsocken, die einen Gewinn von weniger als 5% haben; es gab jedoch die Produktion von elastischen Socken mit einem Gewinn von 30-40% an ein angegliedertes volkseigenes Unternehmen. Produktqualität, Sorte und Preis werden im Normalfall von der Handelsabteilung festgelegt. Produkte gleichen Standards von volkseigenen Betrieben werden in die Klasse A eingestuft, solche von kollektiveigenen Betrieben in die Klasse B. Die Preise für Produkte gleicher Stufe und gleichen Standards von kollektiveigenen Betrieben werden auch niedriger eingestuft, z.B. Handtücher. Produkte von kollektiveigenen Betrieben werden 4-6% niedriger als solche von volkseigenen Betrieben gehandelt."

Steuern:

"Eine Steuer von 55% muß bei einem Gewinn von über 80.000 Yuan (von den kollektiveigenen Betrieben) bezahlt werden. Von dem Gewinn nach Steuer werden 30% an das Verwaltungsbüro abgeführt, 28% werden für Prämien und kollektive Wohlfahrt und 42% werden als Betriebsmittel für den Betrieb akkumuliert. Dieses gibt dem kollektiveigenen Betrieb einen geringen Spielraum für eine Ausweitung seiner Produktion. Im letzten Jahr verdiente eine Reparatur- und Versorgungsfabrik unter kollektivem Eigentum 120.000 Yuan. Die Akkumulation des Betriebes betrug nur 22.700 Yuan, wovon 40% verwendet wurden, um das Umlaufkapital aufzufüllen, und 60%, um das Anlagekapital auszudehnen. Es konnte nur ein Anlagegut neu gekauft werden."

Löhne:

"Bei Löhnen, Wohlfahrt und Arbeitsversicherung für die Arbeiter liegt die Behandlung von kollektiveigenen Betrieben auch niedriger als von volkseigenen Betrieben. Der Lohn eines Klasse-3-Arbeiters im Maschinenhandel eines volkseigenen Betriebes beträgt 43 Yuan, und in einem kollektiveigenen Betrieb beträgt er 40,5 Yuan. Der Lohn eines Klasse-5-Arbeiters in einem volkseigenen Betrieb beträgt 64,5 Yuan und in einem kollektiveigenen Betrieb 54 Yuan. Im Textilbereich liegt der Lohn eines Arbeiters in einem kollektiveigenen Betrieb 1-4,5 Yuan niedriger als der eines Arbeiters, der in einem gleichen Betrieb unter volkseigenem Eigentumsystem arbeitet."

Politische Benachteiligung:

"Volkseigene Betriebe können an besonderen Handelskonferenzen zur Bestellung von Waren zur Qualitätseinstufung und zur Regulierung von Materialien auf nationaler, Provinz- oder Kreisebene teilnehmen, kollektiveigene Betriebe dürfen dies nicht tun. Im letzten Jahr nahm der Direktor eines Betriebes, der zu einem kollektiveigenen Unternehmen gehört, an einer Provinztextilkonferenz zur Qualitätsfeststellung in seiner Eigenschaft als Beobachter teil. Nun wurde von einem Kader eines volkseigenen Betriebes, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm, wirklich bedeutet, daß er den Raum zu verlassen habe."

Der Staat teilt Universitätsabsolventen nur volkseigenen Betrieben zu, nicht jedoch kollektiveigenen Betrieben." (RMRB, 21.8.80, S.2)
-ga-

(67) Der private Lkw des Herrn Luo

Der Fall eines 28jährigen Angehörigen einer Produktionsbrigade, der Shibantan-Kommune in der Provinz Sichuan, hat in China ein landesweites Echo hervorgerufen. Die Zeitschrift "Banyuetan" (14tägiges Forum) widmete diesem Fall einen Artikel und setzte auch in seiner folgenden Ausgabe die Diskussion fort.

Der "Fall" besteht darin, daß der erwähnte Brigadeangehörige Luo mit den Ersparnissen seiner Familie, die aufgrund von vier arbeitenden Familienangehörigen recht wohlhabend war, sich für 800 Yuan einen durch Feuer beschädigten Einachsschlepper kaufte. Er mußte weitere 500 Yuan investieren, um den Schlepper zu reparieren. Dann allerdings konnte er schon in einem Zeitraum von zwei Monaten 500 Yuan Gewinn machen, indem er über kurze Entfernungen Güter für die Brigade und die Kommune transportierte. Angesichts dieser Entwicklung wollte die Kommune den Schlepper von ihm zurück haben und bezahlte ihm den Gegenwert von 1.300 Yuan dafür.

Herr Luo nahm eine Inspektionsreise der Landwirtschaftsbank in dem Kreis zum Anlaß, die Bank um ein Darlehen zu bitten, um einen gebrauchten Lkw zu kaufen. Nachdem der lokale

KP-Sekretär und das Brigadekomitee als Bürgen auftraten, stimmte die Bank dem Anliegen zu und gewährte ein Darlehen von 3.000 Yuan. Herr Luo brachte ebenfalls 1.000 Yuan ein und kaufte für die Gesamtsumme einen gebrauchten 2 1/2-Tonner-Lkw. Die Jahresversicherung von 1.200 Yuan wurde von der Brigade vorgeschossen. Herr Luo zahlt an die Brigade jetzt monatlich 100 Yuan Versicherung zurück, zusätzlich entrichtet er 20 Yuan Steuern. Dafür kann er jedoch alle Gewinne aus seinem Geschäft für sich behalten. Die Brigade verpflichtete sich, ihn mit dem nötigen Getreide und anderen notwendigen Agrarerzeugnissen - wie die anderen Kommunemitglieder - zu beliefern. Dafür verpflichtete sich Luo, primär für die Brigade seine Transportarbeiten zu leisten.

Ein besonderes Problem stellte die Brennstoffversorgung für den Lkw her. Da es in China keine privaten Kraftfahrzeuge gibt, gab es mithin auch keinen von Privatpersonen zu kaufenden Kraftstoff. Erst nach einer direkten Intervention des Kreisparteisekretärs gestatteten die "verantwortlichen Autoritäten" einen Kauf von Dieselmotorkraftstoff durch die Privatperson Luo. In der Zwischenzeit hatte die Kommune, für deren Transportprobleme Luos Lkw schon unverzichtbar geworden war, ihm aus ihren Beständen den nötigen Kraftstoff vorgestreckt.

In dem Bericht wird von einem erfolgreichen Beginn der Geschäftstätigkeit gesprochen. Allein von Mitte Juni bis Mitte Juli habe Luo einen Bruttoverdienst von 1.100 Yuan zu verzeichnen, wovon ihm nach Abzug aller Ausgaben 410 Yuan Gewinn verblieben seien.

Dieser Fall eines privat betriebenen Lkw-Fuhrunternehmens mußte natürlich eine ideologische Diskussion anfangen. Auch in der Banyutan spiegelt sich das wieder. Heftige Pro- und Kontrastimmen wurden abgedruckt, wobei die Befürworter des Experiments überwogen. Die Gegner argumentierten, daß ein Lkw ein wichtiges Produktionsmittel sei und nicht in Privathand gehöre. Andere Leser wiesen auf den praktischen Nutzen dieses Unternehmens hin, daß durch diese Initiative überhaupt erst eine ausreichende Transportmöglichkeit für Brigade und Kommune geschaffen worden sei, die zudem noch wesentlich billiger als die Inanspruchnahme der staatlichen Transportgesellschaft gewesen sei (Bericht von Takashi Oka, Christian Science Monitor, 13.10.80).
-ga-

(68) Ernste Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung in Peking

Die Luft- und Wasserverschmutzung und die Lärmbelästigung haben in Peking ernste Ausmaße angenommen, schreibt die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung JIAN KANG BAO (GESUNDHEIT) in ihrer Ausgabe vom 9. November. In einem Artikel auf der ersten Seite heißt es, der Anteil industrieller Schadstoffe wie Schwefeldioxyd,

Kohlenmonoxyd und Stickstoff habe sich seit 1976 von Jahr zu Jahr vergrößert. Im vergangenen Jahr erreichte der Schwefelwert 0,23 Milligramm pro Kubikmeter und überschritt die von der Regierung festgelegten zulässigen Höchstwerte. Im vergangenen Winter, als der Staub aus den Schornsteinen den Gipfelpunkt erreichte, betrug der Staubbiederschlag etwa 39 Tonnen pro Quadratkilometer.

Täglich werden in der Stadt 1,8 Millionen Tonnen Abwasser abgeleitet, was wiederum zur Verschmutzung der Grundwasserreserven der Stadt führt. Der Härtegrad des Wassers, mit dem die Stadtbewohner versorgt werden, ist gestiegen, und der Anteil solcher schädlichen chemischen Stoffe wie Nitrat, Quecksilber, Benzol, Phenol, Chrom, Kobalt und Zyanide erhöht sich ständig. Der Durchschnittsnitratwert, der von einem Wasserversorgungswerk gemessen wurde, überschritt die von der Regierung zugelassene Grenze um 7,6 Milligramm. Der Quecksilbergehalt im Gemüse und im Fisch hat in manchen Gebieten die von der Regierung festgelegte Höchstgrenze um 40 Prozent überschritten.

Auch die Lärmbelästigung ist alarmierend, schreibt die Zeitung. In einigen Gebieten beträgt die Zahl der Fabriken, deren Lärmpegel 85 Dezibel übersteigt, über 53 Prozent der gesamten Anlage. Auf 67,4 Prozent der Fläche Pekings beträgt der Lärmpegel durch den Verkehr über 70 Dezibel. Die Zeitung fordert strengere Maßnahmen des Staatsrats und der Stadtverwaltung, um die Industrieverschmutzung und die Lärmbelästigung unter Kontrolle zu bringen. Alle Anlagen sollten die Auflage erhalten, innerhalb einer bestimmten Frist Geräte zu installieren, um ihre Emissionswerte zu kontrollieren (XNA v. 11.11.80, zit. n. MD v. 14.11.80).

-ga-

TAIWAN

(69) Stille Freude über Reagans Wahlsieg

Obwohl zwischen Taiwan und den USA keine diplomatischen Beziehungen bestehen, hat Präsident Jiang Jinguo gleich nach den US-Präsidentschaftswahlen ein Glückwunschtelegramm an den Sieger Ronald Reagangesandt. Im Wahlkampf hatte Reagan mehrmals für eine Wiederherstellung offizieller Beziehungen mit Taiwan plädiert. Infolge scharfer Proteste aus Beijing sowie Kritik in USA korrigierte er später seine Meinung, daß er nur im Rahmen des bestehenden Taiwangesetzes die Beziehungen zu Taiwan verbessern wolle. In dem genannten Telegramm an Reagan äußerte auch Jiang vorsichtig nur die Hoffnung, daß sich die traditionellen Beziehungen zwischen "beiden Völkern" nach dem kommenden Amtswechsel im Weißen Haus verbessern möchten. Der Sprecher des Außenministeriums in Taipei sprach von einer Stärkung der "praktischen Beziehun-

gen" zwischen beiden Seiten unter Reagan. Auch Kenner der USA und Pressekommentatoren auf der Insel glauben nicht an eine sensationelle Veränderung in den Beziehungen zu den USA. Es wird angenommen, daß Taiwan seine halbamtliche Repräsentation in den USA wird ausbauen können und daß die Vertreter aus Taiwan es in Zukunft leichter haben werden, engere Kontakte mit den US-Behörden aufzunehmen. Darüber hinaus wird Taiwan wahrscheinlich mehr US-Waffen erwerben können. Im Oktober 1971 wurde Reagan, der damals noch das Amt des Gouverneurs von Kalifornien bekleidete, als Sonderbotschafter des US-Präsidenten zur Teilnahme an den Feiern zum Nationalfeiertag in Taiwan sowie zur Erläuterung der neuen Chinapolitik Nixons nach Taipei entsandt. Reagan, dessen konservative Haltung bekannt ist, betrachtet sich als Freund Taiwans. Unter seinen Mitarbeitern befinden sich zahlreiche Taiwan-Lobbyisten. Dagegen war der gewählte US-Vizepräsident, George Bush, früher Vertreter der US-Regierung in Beijing. Ferner will Reagan, so vermutet man, trotz seiner Sympathie für Taiwan doch die "China-Karte" gegen Moskau spielen. Daher gibt es in Taiwan auch die Befürchtung, daß Reagan Taiwan zwingen könnte, mit Beijing zu verhandeln. Ein Experte für die Beziehungen zwischen Washington und Beijing, Prof. Guan Zhang, hat in einem Symposium auf eine Aussage hingewiesen, die Bush während des Wahlkampfes gemacht hatte, daß Reagan nach einem Wahlsieg die am besten geeignete Person sei, um das Problem zwischen Taiwan und Beijing zu lösen (ZYRB, 6. und 24.11.80; CP 6.11.80; vergl. C.a., Aug. 1980, S.654, Ü 69, und Juni 1980, S.479, Ü 67).

Bemerkenswert ist, daß Ray Cline, Direktor des Instituts für strategische und internationale Studien an der Universität Georgetown, vom 28. bis zum 31. November Taipei besucht hat. Cline war 1958-1962 Leiter des US-Geheimdienstes (CIA) in Taiwan und arbeitete im Wahlkampf als Reagans Berater für Asienprobleme. Er gilt als der Hauptforsprecher für Taiwan. Bei seinem letzten Besuch in Taiwan wurde er von Präsident Jiang und Regierungschef Sun empfangen. Bevor er nach Taiwan reiste, hatte er bei seinem Aufenthalt in Singapur Beijing als nicht geeigneten militärischen Partner der USA in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion bezeichnet. Außerdem verlangte er von Beijing einen Verzicht auf Gewaltanwendung gegen Taiwan sowie auf die Unterstützung der kommunistischen Rebellion in Malaysia und Thailand. Nach seiner Taiwanreise bekräftigte Reagans Sprecher, daß Clines Standpunkt und Aktivitäten nicht die offiziellen Gesichtspunkte des Büros für die Vorbereitung des Amtswechsels im Weißen Haus widerspiegeln. Sein Besuch in Taiwan, so der Sprecher, habe nur privaten Charakter gehabt. Trotzdem bleibt Beijing skeptisch. In einer Meldung vom 2. Dezember erinnerte sich die chinesische Presseagentur XNA, daß Cline in Taipei seinen Vorschlag wiederholt habe, einen "privaten Vertreter" des US-Präsidenten nach Taiwan zu entsenden, dessen Rang höher sei als der der jetzigen US-Vertretung in Taiwan. XNA warnte